

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 39/39  
Telex: 8 86 848 ppbn d  
Telefax: 21 06 84

## Inhalt

Prof. Dr. Ingomar Hauchler  
MdB zu den Ergebnissen des  
Pariser Treffens: Globaler  
Handlungsbedarf für einen  
wirklichen Weltgipfel.

Seite 1

### Dokumentation:

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Margitta Terborg hielt bei der Verteidigung der in die Technische Marineschule in Brake einberufenen Bundeswehr-Soldaten in Ovelgönne eine Ansprache, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

Seite 5

44. Jahrgang / 135

18. Juli 1989

### Globaler Handlungsbedarf für einen wirklichen Weltgipfel

#### Zu den Ergebnissen des Pariser Treffens

Von Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB

Für das Gipfeltreffen 1989 der sieben Staatschefs der westlichen Industrieländer hat Frankreich eine besondere historische Staffage gewählt: Das Jubiläum der Großen Französischen Revolution 1789. Jedoch: Die Ergebnisse des diesjährigen Weltwirtschaftsgipfels haben die Erwartungen, welche die gewaltige historische Szenerie weckt, schwer enttäuscht.

Internationale wirtschaftliche Ungleichgewichte, Umweltzerstörung, Schuldenkrise - der Weltwirtschaftsgipfel hat wieder keinen wirklichen Durchbruch zu einer koordinierten Lösung dieser und anderer globaler Probleme gebracht. Das Schlusskommunique macht es deutlich: Willenserklärungen statt Vereinbarungen, Ankündigungen statt Vollzugsmeldungen, Taktik statt Strategie, Selbstdarstellung statt gemeinsames Handeln.

1975 in Rambouillet als Arbeitsgespräch initiiert, degenerieren die Weltwirtschaftsgipfel inzwischen zur inhaltlosen Multi-Media-Show. Die internationale Schuldenkrise bleibt ungelöst. Der Schuldenstand und der Schuldendienst der Entwicklungsländer wird weiter steigen.

Hinsichtlich der globalen Umweltzerstörung wurden nur vage Absichtserklärungen abgegeben und weder die Instrumente noch die Finanzmittel für einen ausreichenden internationalen Umweltschutz definiert.

Eine kohärente Strategie für die 90er Jahre für eine sozial und ökologisch verantwortliche technologische und wirtschaftliche Entwicklung in der Dritten Welt und in Osteuropa wurde in Paris nicht einmal angediskutiert.

Mit dem, was im Pariser Kommunique steht, lassen sich auch nicht die internationalen Ungleichgewichte und Instabilitäten im Außenhandel, im Finanzverkehr, bei den Wechselkursen und Zinsen lösen.

Auf all diesen Gebieten, die übrigens eng miteinander verflochten sind, herrscht nach wie vor die kurze Sicht vor, das Springen auf das wirksamste Medienthema und daneben das sich selbst bestätigende Kauderwelsch der Experten.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Umweltfreundliche  
mit recyceltem Rohstoff  
Recycling-Papier



Resolution gegen Tieffliegerei endlich in Taten umsetzen

---

Zu dem vor einem Jahr vom Mainzer Landtag gemeinsam gefaßten Beschluß gegen Fluglärm

Von Rudolf Scharping MdL

Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz und Fraktionsvorsitzender im Landtag

Vor einem Jahr, im Juli 1988, einigten sich alle Fraktionen des rheinland-pfälzischen Landtags auf eine gemeinsame Resolution gegen den militärischen Fluglärm. Die von der SPD angeregte und vom Landtag einstimmig beschlossene Resolution gegen die Belastungen der Tieffliegerei war ein wichtiger politischer Schritt. Er signalisierte, daß das Parlament die Haltung der Bevölkerung verstanden hatte und durchsetzen wollte.

Geschehen ist aber seither so gut wie nichts, obschon sich auch andere Parlamente im Sinne der rheinland-pfälzischen EntschlieÙung äußerten. Von den acht NATO-Luftbasen und anderen Flugplätzen in Rheinland-Pfalz starten und landen jährlich rund 250.000 mal Militärmaschinen. Jedes Jahr finden rund 100.000 Tiefflüge statt. Die Belastung der Bevölkerung ist unerträglich. Das zeigen Bürgerinitiativen, überparteiliche Initiativen von Kommunalpolitikern, Briefe und Proteste von Bürgern, aber auch die beabsichtigten Klagen einiger, auch von der CDU geführten Landkreise.

Umso schärfer ist die Unfähigkeit der Mainzer und Bonner CDU/FDP-Regierungen zu kritisieren, endlich Sichtbares zu tun. Damit wird politische Glaubwürdigkeit verspielt. Ein Jahr nach dem gemeinsamen Landtagsbeschluß muß endlich gehandelt werden.

Offenbar will aber die CDU nicht. Anders sind Äußerungen des Ministerpräsidenten nicht zu verstehen. Es ist eine grobe Mißachtung des Landtages und eine peinliche Anbiederung, wenn Wagner im Landtag für die gemeinsame EntschlieÙung stimmt, um dann vor Piloten eine andere Auffassung zu vertreten. Der Landtag hat nicht von Verminderung der Tiefflüge gesprochen, sondern die Einstellung unterhalb von 300 Metern Flughöhe und das Verbot von Luftkampfübungen über bewohntem Gebiet gefordert. Der Ministerpräsident gefährdet also nicht nur seine eigene Glaubwürdigkeit, sondern auch die Fähigkeit, in einer zentralen politischen Frage gemeinsam mit der Volksvertretung Wirksames für die Menschen in Rheinland-Pfalz zu tun. (-/17.7.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0226) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Prof. Dr. Ingomar Hauchler  
MdB zu den Ergebnissen des  
Pariser Treffens: Globaler  
Handlungsbedarf für einen  
wirklichen Weltgipfel.

Seite 1

### Dokumentation:

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Margitta Terborg hielt bei der Verteidigung der in die Technische Marineschule in Brake einberufenen Bundeswehr-Soldaten in Ovelgönne eine Ansprache, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

Seite 5

44. Jahrgang / 135

18. Juli 1989

### Globaler Handlungsbedarf für einen wirklichen Weltgipfel

Zu den Ergebnissen des Pariser Treffens

Von Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB

Für das Gipfeltreffen 1989 der sieben Staatschefs der westlichen Industriewelt hat Frankreich eine besondere historische Staffage gewählt: Das Jubiläum der Großen Französischen Revolution 1789. Jedoch: Die Ergebnisse des diesjährigen Weltwirtschaftsgipfels haben die Erwartungen, welche die gewaltige historische Szenerie weckt, schwer enttäuscht.

Internationale wirtschaftliche Ungleichgewichte, Umweltzerstörung, Schuldenkrise - der Weltwirtschaftsgipfel hat wieder keinen wirklichen Durchbruch zu einer koordinierten Lösung dieser und anderer globaler Probleme gebracht. Das Schlußkommunique macht es deutlich: Willenserklärungen statt Vereinbarungen, Ankündigungen statt Vollzugsmeldungen, Taktik statt Strategie, Selbstdarstellung statt gemeinsames Handeln.

1975 in Rambouillet als Arbeitsgespräch initiiert, degenerieren die Weltwirtschaftsgipfel inzwischen zur inhaltlosen Multi-Media-Show. Die internationale Schuldenkrise bleibt ungelöst. Der Schuldenstand und der Schuldendienst der Entwicklungsländer wird weiter steigen.

Hinsichtlich der globalen Umweltzerstörung wurden nur vage Absichtserklärungen abgegeben und weder die Instrumente noch die Finanzmittel für einen ausreichenden internationalen Umweltschutz definiert.

Eine kohärente Strategie für die 90er Jahre für eine sozial und ökologisch verantwortliche technologische und wirtschaftliche Entwicklung in der Dritten Welt und in Osteuropa wurde in Paris nicht einmal angediskutiert.

Mit dem, was im Pariser Kommunique steht, lassen sich auch nicht die internationalen Ungleichgewichte und Instabilitäten im Außenhandel, im Finanzverkehr, bei den Wechselkursen und Zinsen lösen.

Auf all diesen Gebieten, die übrigens eng miteinander verflochten sind, herrscht nach wie vor die kurze Sicht vor, das Springen auf das wirksamste Medienthema und daneben das sich selbst bestätigende Kauderwelsch der Experten.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemalischer Umwelt  
mit recyceltem Rohmaterial  
Recycling-Papier



### i. Für einen wirklichen Weltgipfel

Dies müßte nicht so sein. Gipfeltreffen könnten angesichts der immer größeren Komplexität internationaler Vernetzung und Interdependenzen durchaus eine entscheidende Rolle spielen, um Blockaden der Tagespolitik aufzubrechen und Direktiven für langfristige Lösungen zu geben. Um dies leisten zu können, bedarf es jedoch - nach den 15 Jahren, in denen jetzt Weltwirtschaftstreffen stattfinden - einer Reform mindestens in folgenden Punkten.

1. „Welt“-Gipfel müssen wirklich repräsentativ sein. Deshalb sollte die Forderung nach einem „Cancun II“ endlich aufgegriffen werden. Die Initiative des französischen Staatspräsidenten für einen Nord-Süd-Gipfel ist verdienstvoll. Die Bundesrepublik sollte mithelfen, dies zu einem gemeinsamen europäischen Anliegen zu machen und auch die USA dafür zu gewinnen. Vertreter aus der Dritten Welt und aus Osteuropa müssen an den Gipfeltreffen teilnehmen. Nur wenn alle Regionen und gesellschaftlichen Systeme vertreten sind, hat ein Weltgipfel die nötige breite Basis und Legitimation, um in globalen Fragen mit Autorität zu sprechen und bindende Vereinbarungen zu erreichen.

2. Die Gipfel müssen arbeitsfähig sein. Das heißt: Eine Begrenzung der Teilnehmer. Dies ist möglich, wenn in regionalen Gipfelkonferenzen Mandate zur Vertretung einer Region auf dem Weltgipfel erteilt werden. So könnte neben einem sehr kleinen Kreis ständiger Teilnehmer jede Weltregion mit mindestens einem Vertreter auf den Gipfeltreffen vertreten sein.

3. Auf Gipfeltreffen muß ein offener Dialog möglich sein. Sie haben, neben anderen Instrumenten und Institutionen der internationalen Kooperation, nur dann einen eigenständigen Wert, wenn unter den Staatsoberhäuptern eine wirklich freie Diskussion zu zentralen globalen Fragen geführt wird. Dies schließt sorgfältige Vorbereitungen und Rücksicht auf nationale und regionale Interessen nicht aus. Ein offener Dialog setzt aber dreierlei voraus: Viel mehr Zeit für Arbeitsgespräche, Eingrenzung der Themen und Verzicht auf konkurrierende Selbstdarstellung.

4. Weltgipfel sollen nicht in Konkurrenz zu den etablierten Institutionen der globalen Zusammenarbeit treten. Sie können weder die Vereinten Nationen, noch die Weltbank, den Internationalen Währungsfond und das Gatt ersetzen. Ansprüche dieser Art würden die Wirksamkeit dieser Institutionen schwächen. Weltgipfel sollten vielmehr dort, wo etablierte bilaterale und multilaterale Instrumente blockieren, quasi als Institution „of last resort“ in vitalen Fragen Durchbrüche bei der internationalen Zusammenarbeit ermöglichen.

Ein repräsentativer Weltgipfel, der in offenem Dialog alle zwei Jahre vier Tage zu den zwei oder drei Hauptproblemen globaler Entwicklung berät, böte Chancen, die heute ein West-Gipfel, der jährlich zwei Tage lang als Medienspektakel zu allen möglichen Fragen veranstaltet wird, nicht wahrnehmen kann.

### II. Globaler Handlungsbedarf

Wirkliche Durchbrüche in der globalen Zusammenarbeit sind im Interesse von Nord und Süd, West und Ost. Insbesondere folgende Themen müssen auf der Agenda globaler Verhandlungen ganz oben stehen.

#### 1. Eine strukturelle Lösung der internationalen Schuldenkrise

Die bisherige Strategie kurzfristiger Umschuldungen ist gescheitert. Der Schuldenstand der Entwicklungsländer steigt unaufhaltsam. Die Anpassungsprogramme greifen nicht. Alle Beteiligten wissen, daß der Schuldendienst unbezahlbar geworden ist. Und doch: keine wirkliche Kurskorrektur. Geht der Krug zum Brunnen, bis er bricht?

Eine strukturelle Lösung der Schuldenkrise setzt eine durchgreifende Anpassung des Schuldenstandes an die langfristige Leistungs- und Transferfähigkeit eines Landes voraus. Alles andere ist öko-

nomisch irrational, behindert die internationale Arbeitsteilung, gefährdet die politische und soziale Stabilität der hochverschuldeten Länder und belastet zunehmend die internationalen Beziehungen.

Eine Anpassung des Schuldenstandes muß aufgrund allgemeiner Regeln, jedoch von Fall zu Fall je nach der Bedingungslage differenziert, erfolgen. Eine gut vorbereitete internationale Schuldenkonferenz muß ein internationales Insolvenz- und Kreditrecht initiieren, damit die Sanierung der Alt-schulden nach fairen und tragfähigen Regeln erfolgen und zukünftige internationale Kredite an strenge Bedingungen gebunden werden können.

Welche Institution sonst als ein repräsentativer Weltgipfel könnte die Direktive geben für eine erfolgversprechende Initiative in dieser Richtung?

Neben dieser strukturellen Aufgabe muß ein Sofortprogramm vereinbart werden, das den Schuldendienst durch ein flexibles Mix aus Schuldenerlaß, Zahlungsmoratorien und Zinssenkungen senkt. Um dies zu ermöglichen, muß eine eigene internationale Schuldenfazilität von mindestens 50 Milliarden Dollar geschaffen werden. Vorschläge der Expertengruppe um Helmut Schmidt, die in diese Richtung gehen, sollten unverzüglich aufgegriffen werden.

## 2. Ein Alarmplan gegen die globale Umweltzerstörung

Seit 1972 vollzieht sich, unter anderem im Rahmen der Arbeit der UN-Umweltbehörde (UNEP), eine internationale Kooperation im Umweltschutz. Nach zunächst wenig Resonanz, vor allem auch in der Dritten Welt, ist das Thema in den letzten zwei Jahren aber weltweit ins Bewußtsein getreten. Ozonloch, Klimaveränderungen, Meeresverschmutzung - wer ist verantwortlich, was ist die Ursache, wie kann gegengesteuert werden?

Zahlreiche internationale Konferenzen haben zu ersten vorsichtigen Maßnahmen geführt. Sie reichen aber nicht aus, um ein weiteres Ansteigen der globalen Gefährdung zu verhindern. Auch im Umweltbereich steht der nötige politische und ökonomische Durchbruch in der internationalen Zusammenarbeit aus, um die Lage wenigstens zu stabilisieren.

Um die einzelnen Staaten und die internationalen Institutionen zu den nötigen Maßnahmen zu veranlassen, müssen von einem Weltgipfel konkrete Anstöße ausgehen zur internationalen Umweltkontrolle (Monitoring), zum passiven und aktiven Umweltschutz und zur Finanzierung der globalen Umweltpolitik.

Vorschläge zur Errichtung eines ökologischen Ausgleichsfonds, wie sie zunehmend in die Diskussion gebracht werden, sind sachlich und politisch den sogenannten „debt-to-nature-swaps“ vorzuziehen. Debt-to-nature-swaps nützen dem Umweltschutz nur in Ländern, die überhaupt hohe Schulden haben und diese noch bezahlen wollen und können. Sie sind auch sachlich nur schwer zu rechtfertigen und stoßen auf politischen Widerstand. Ein flächendeckendes globales Umweltprogramm, das systematisch und langfristig die Probleme anpackt, ist so nicht zu finanzieren.

Ein ökologischer Ausgleichsfonds ist in dieser Hinsicht weit überlegen. Regelmäßige, langfristig vereinbarte Zahlungen der Industrieländer im Hinblick auf ein klar definiertes Umweltschutzprogramm in den Entwicklungsländern lassen sich in zweifacher Hinsicht legitimieren.

Einmal stellt solche Zahlung keine einseitige Hilfe dar, sondern eine Entschädigung für bereits entstandene Umweltschäden in Entwicklungsländern, die von den Industrieländern zu verantworten sind. Zum anderen handelte es sich um einen Ausgleich für künftige Umweltleistungen in Entwicklungsländern, die auch den Industrieländern zugute kommen. Es kann sich dabei sowohl um konkreten Aufwand für den Umweltschutz handeln (etwa: Aufforstung) oder um eine Kompensation sogenannter „opportunity costs“, die im Zuge des Umweltschutzes entstehen (etwa: Verzicht auf Erlöse aus dem Export von Tropenhölzern, oder: Verzicht auf den künftigen Einsatz von FCKWs).

### 3. Eine kooperative globale Entwicklungsstrategie

Wir erkennen zunehmend, daß die enorme Dynamik der Produktion und die Produktivität und Innovationskraft des marktwirtschaftlichen Systems nicht nur soziale und kulturelle Deformationen mit sich bringt, sondern zunehmend auch zu ökologischen Gefahren führt, wenn der ökonomische Prozeß nicht politisch kontrolliert und auf demokratisch legitimierte Ziele ausgerichtet wird. Gleichzeitig ist in den vergangenen Jahren aber endgültig klar geworden, daß zentristische Planwirtschaften schon bei der Lösung existenzieller ökonomischer Probleme versagen.

Eine global verantwortbare Entwicklungsstrategie muß daraus den Schluß ziehen, daß sich die wenig entwickelten Länder in ihrer künftigen wirtschaftlichen Entwicklung weder das rein kapitalistische noch das rein kommunistische Entwicklungsmodell leisten dürfen - im einen Fall bei Strafe der ökologischen, im anderen Fall der ökonomischen Katastrophe. Beides würde angesichts der globalen Vernetzung auch die Industrieländer gefährden.

Dementsprechend gilt es, für die 90er Jahre und darüber hinaus eine gemeinsame Entwicklungsstrategie zwischen Nord und Süd, West und Ost zu entwerfen, welche die Stärken und Schwächen bisher praktizierter Entwicklungskonzepte im Hinblick auf veränderte geistige, soziale und ökologische Bedingungen ohne ideologische und dogmatische Scheuklappen verarbeitet.

Dabei muß man sich Rechenschaft insbesondere über vier Fakten ablegen. Erstens: Ein globales Wachstum, das dem des Westens in den drei vergangenen Generationen entspricht, würde ökologisch das Ende bedeuten. Es geht also um ein geographisch und qualitativ differenziertes, ökologisch verantwortbares Wachstum. Dies widerspricht der Idee, die Industrieländer sollten die „Lokomotive“ für die Entwicklungsländer spielen.

Zweitens: Aufgrund wachsender globaler Interdependenzen kann auf die Dauer das eine Land zunehmend weniger zu Lasten anderer Länder leben. Oder: Wer Lasten verursacht, muß sie auch tragen. Dies gilt unter anderem auch für die globale Umwelt- und Schuldenkrise. Hier müssen wirksame politische und finanzielle Ausgleichsmechanismen entwickelt werden.

Drittens: Die gewaltigen Unterschiede im wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungsstadium zwischen dem Westen einerseits und dem Osten und Süden andererseits werden sich nur allmählich im Verlauf von Generationen angleichen lassen. Und auch dies kann nur erreicht werden, wenn es gelingt, sanktionsfähige Regeln für den internationalen Wirtschafts- und Finanzverkehr zu schaffen, die bei einem prinzipiell freien Güter- und Kapitalverkehr auf lange Zeit Präferenzen für weniger wettbewerbsfähige Ökonomien garantieren und von einer nur langsamen Veränderung sozialer und kultureller Rahmenbedingungen der Entwicklungsländer ausgehen. Alle einseitig ökonomischen Rezepte auf kurze Frist, die diese Faktoren vernachlässigen, sind zum Scheitern verurteilt.

Viertens: Die Entwicklungspolitik der 90er Jahre muß verstärkt die internen Entwicklungspotentiale eines Landes fördern. Externe Hilfe und Arbeitsteilung hat nur Erfolg, wenn die Impulse nachhaltig von innen aufgenommen und weitergetragen werden. Finanzielle Hilfe hat nur Sinn, wenn sie produktive Kräfte im Innern mobilisiert. Sie bedarf vor allem anderen - wie die technische Hilfe - einer breiten Flankierung im Bereich der Bildung und Ausbildung. Es geht um die Gleichzeitigkeit und Koordination der Entwicklungsfaktoren, abgestimmt auf die unterschiedliche soziale und kulturelle Dynamik der verschiedenen Länder.

Dieser Art ist die Agenda für künftige globale Verhandlungen und internationale Gipfeltreffen. Was demgegenüber auf dem Weltwirtschaftsgipfel der westlichen Industrieländer in Paris diskutiert und vereinbart wurde, hat hinsichtlich der großen globalen Fragen wenig bewegt.

Auch wenn Tausende von Journalisten und Fotografen die Szene tausendfältig aufgeleuchtet haben, auch auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Paris wurde keine Aktion sichtbar, die sich in ihrem Anspruch auch nur entfernt messen ließe an den Idealen der großen Französischen Revolution. Keine Freiheit, keine Gleichheit, keine Brüderlichkeit zwischen Nord und Süd! (-/18.7.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**

---

**Margitta Terborg: Erziehung zur friedensbereiten Vernunft**

---

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Margitta Terborg hielt bei der Vereidigung der in die Technische Marineschule in Brake einberufenen Bundeswehr-Soldaten in Ovelgönne eine Ansprache, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

Sie sind heute hier angetreten, um wie Tausende anderer junger Soldaten das feierliche Gelöbnis abzulegen, der Bundesrepublik treu zu dienen und diesen Staat zu verteidigen. Dies ist ein wichtiger Einschnitt in Ihrem Leben. Für 15 Monate unterwerfen Sie sich damit einem strengen Reglement. Der Staat begegnet Ihnen in der Form Ihrer militärischen Vorgesetzten. Er bestimmt Ihr Verhalten durch Befehle, er erwartet von Ihnen Gehorsam. Er schränkt Ihre persönliche Freiheit ein.

Der Gehorsam, der Ihnen abverlangt wird, ist kein bedingungsloser - aber er ist dennoch etwas, was Ihnen in Ihrem bisherigen Leben fremd war. Da ist es nur allzu verständlich, daß sich nicht wenige fragen: Muß denn das alles sein? Europa, so werden Sie registrieren, ist heute sehr viel friedlicher als in den Jahren, in denen die Bundesrepublik entstanden ist. Dieser Staat ist allseits anerkannt - und weist in diesen Monaten der Feiern seines Entstehens vor 40 Jahren mit Recht darauf hin. Dieser Staat ist in seiner Existenz nicht gefährdet und die Gespenster einer immerwährenden Bedrohung aus dem Osten greifen schon seit einiger Zeit nicht mehr.

Warum also, so könnte man überspitzt fragen, der Luxus der Bundeswehr? Warum Wehrpflicht, warum immer teureres modernes technisches Gerät? Sollten sich die Deutschen nicht viel eher auf den Frieden als auf den Krieg vorbereiten? Das Ganze gipfelt dann in den gutmütigen Spott, Gorbatschow werde dem Westen etwas ganz Teuflisches antun, er werde ihm die Bedrohungsängste nehmen. Die Bundeswehr, der Sie nun einviertel Jahre angehören werden, hat kein Feindbild. Gott sei Dank hat sie kein Feindbild. Aber sie hat ein Staatsgebiet, ein Territorium, das sie vor Übergriffen anderer zu schützen hat. Sie hat eine Verfassung, demokratische Spielregeln, die es zu bewahren gilt und in die wir uns von anderen nicht hineinreden lassen wollen.

Sie tut das nicht mit ungemessenem Waffengeklirr, mit Drohgebärden und scharfmacherischen Parolen - allein ihre Präsenz und die Qualität der Truppe sollen beruhigend wirken und jedem klarmachen, daß sich dieser Staat nicht ohne Gegenwehr eine andere Lebensordnung überstülpen lassen wird. Wenn dieses Konzept aufgeht - und es muß aufgehen, denn die Völker Europas sind bei Strafe ihrer Existenz zum Frieden verurteilt - wird es den Ernstfall, für den Sie ausgebildet werden, nie geben. Werden die Grenzen an Bedeutung verlieren, werden die Waffen viel von ihrer Bedrohung verlieren, werden die Militärbündnisse nicht gegeneinander rüsten, sondern nach Formen der Sicherheitspartnerschaft zwischen den Blöcken suchen.

Das ist die Aufgabe der Politik und der Politiker, nicht des Militärs. Sie haben den Auftrag, unserem Staat den freien Raum zu verschaffen, den er braucht, um mehr Sicherheit durch immer weniger Rüstung zu erreichen. Vor ein paar Jahren noch wäre eine solche Vision im Gelächter der Sicherheitsexperten untergegangen. Daß sie heute sehr viel realer geworden ist, zeigen die Ereignisse der letzten Wochen und Monate. Die Bedrohung mit atomaren Mittelstreckenraketen ist von den Völkern Europas genommen.

In einem halben, spätestens einem Jahr soll dieser mit konventionellen Waffen hochgerüstete Kontinent gerade auf dem Feld der Armeen, der Panzer, Flugzeuge und Artillerie abspecken. Zumindest soll der ernsthafte Versuch in dieser Richtung unternommen werden. Der Westen, so der US-Präsident, hat sich das fest vorgenommen. Und der sowjetische Präsident hat mit einer Teilverringering und -verlagerung seiner Streitkräfte ein erstes Signal gesetzt.

In dieser Richtung muß es weitergehen. Und - das ist eine weit verbreitete Überzeugung in unserem Lande - Gipfel müssen die Bemühungen in einer Zeit, in der weder eine konventionelle Bedrohung

noch eine Politik der begrenzten atomaren Gefechtsfelder auf unserem Kontinent möglich erscheint. Verhandlungen mit einer solchen Zielsetzung sind nicht ohne Risiken. In jedem Augenblick der Gespräche müssen die Partner auf der anderen Seite die Gewißheit haben, daß es nur um den Ausgleich der Interessen, nicht um Unterwerfung oder Übervorteilung gehen kann.

Deshalb verlangt und erwartet unser Staat den Dienst, zu dem er Sie für die nächsten Monate verpflichtet hat. Sie können von der Politik erwarten, daß die Sicherheit, die Sie garantieren, umgesetzt wird in ernsthafte Friedensgespräche und -bemühungen.

Der Auftrag, den die Bundeswehr hat, ist ein eng begrenzter. Sie sollen die Grenzen, die nach dem Zweiten Weltkrieg gezogen worden sind, nicht verändern. Sie sollen niemanden „befreien“, sie sollen unsere Form staatlichen Zusammenlebens nicht über unsere Grenzen tragen. Ja, Sie sollen sich immer bewußt sein, daß jenseits des Eisernen Vorhangs auch Deutsche leben, für die der Friede genauso wie für uns eine Frage des Überlebens ist.

Die Teilung in zwei Staaten, das Leben in zwei Bündnissystemen, hat nichts an der Gemeinsamkeit des deutschen Schicksals ändern können. Deshalb erziehen wir auch nicht zum Haß, sondern zur friedensbereiten Vernunft. Daran wird, daran darf sich nichts ändern. Die Bundesrepublik erwartet von ihren jungen Männern einen besonderen, zeitlich befristeten Dienst für die Gemeinschaft.

Ob nun an der Waffe oder im zivilen Ersatzdienst - Sie haben eine Aufgabe, Beschwerden und Pflichten übertragen bekommen. Diese Republik ist allerdings auch gehalten, Sie im Dienst als Staatsbürger zu akzeptieren. Sie schulden dem Gemeinwesen keinen blinden Kadaver-Gehorsam, Sie sind nicht rechtlos, selbst der schärfste Vorgesetzte dürfte Ihre Menschenwürde nicht antasten.

Diese Republik erwartet von Ihnen aber auch Einsicht in die Besonderheiten Ihres Dienstes - sie wird umso eher zu erreichen sein, je glaubwürdiger dieser Staat sich in seinen Repräsentanten und in Ihren Vorgesetzten repräsentiert. Man wird schwerlich erwarten können, daß all die Tausende, die in diesen Wochen einberufen worden sind, fröhlichen Herzens den ungewohnten Dienst ableisten. Ich würde mir allerdings wünschen, daß es den Truppenführern gelingt, auch etwas von dem zu vermitteln, was diesen Staat ausmacht: ein auf Vernunft, auf Recht und Gerechtigkeit gegründetes Gemeinwesen.

Ich wünsche uns allen, daß Sie am Ende der 15 Monate mit der verständlichen Freude über das Ende des Dienstes nicht ihre Uniform ausziehen und denken, nun hätten Sie genug für unser Land getan. Die Bundesrepublik nimmt Sie nach dem Wehrdienst nur noch zeitweise oder vielleicht gar nicht mehr als Soldat in Anspruch, als Staatsbürger aber hofft und erwartet sie auch weiterhin Ihr Engagement. Denn der Staat, zu dessen Verteidigung Sie jetzt ausgebildet werden, ist ja nicht irgend ein fernes Gebilde, der Staat, das sind wir alle, das ist jeder Einzelne von Ihnen. Und so wie wir sind - so und nicht anders - kann und wird auch dieser unser Staat sein.

Die Bundesrepublik baut auf den mündigen Bürger. Der mündige Bürger aber schiebt nicht das Recht auf Mitsprache und Mitverantwortung von sich auf andere ab - er nimmt beides selbst in Anspruch.

Lassen Sie mich Ihnen abschließend für die Zeit Ihres Lebens in Uniform Gesundheit und den Erfolg wünschen, den die Einsicht in den Sinn Ihres Dienstes bringt. Ich wünsche Ihnen gerecht denkende und vorbildlich handelnde Vorgesetzte. Ich wünsche Ihnen, daß die Verbindungen zu Ihren Angehörigen und Bekannten nicht abreißen. Ich wünsche Ihnen und uns allen, daß die militärischen Kenntnisse und Fertigkeiten, die Sie erwerben, nie der Erprobung im Ernstfall ausgesetzt sein werden.

(-/18.7.1989/va-he/rs)

\* \* \*